



Dr. Reinhard Brandl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede im Deutschen Bundestag – zu Protokoll
am 27. Juni 2013

**Die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts
können wir nur gemeinsam bewältigen – Rede zu den Ergebnisse
und Folgen des NATO-Gipfels von Chicago**

Bereits in der Vorbemerkung ihrer Anfrage an die Bundesregierung gibt die SPD eine abschließende Bewertung zu den Ergebnissen des NATO-Gipfels ab: Der NATO-Gipfel von Chicago war für sie aus sicherheits- und friedenspolitischer Sicht eine Enttäuschung. Dem schließe ich mich nicht an. Vielleicht waren aber auch nur meine Erwartungen an den Gipfel schlicht niedriger. Ich habe auf kleine, aber konkrete Schritte bei den aktuellen Baustellen gehofft: Wie geht es weiter in Afghanistan bis und nach 2014? Wie setzen wir die Idee von „Smart Defence“ um? Welche Fortschritte verzeichnen wir beim Aufbau des Raketenabwehrsystems? Darüber hinaus habe ich vor allem ein starkes Bekenntnis zur transatlantischen Allianz von Seiten Amerikas erwartet. In den ersten Punkten wurden meine Erwartungen weitgehend erfüllt, im letzten Punkt – dem Bekenntnis zu einer auch in Zukunft starken transatlantischen Allianz – wurde auch ich zugegebenermaßen ein wenig enttäuscht.

Neben den bereits erwähnten Themen lag ein Schwerpunkt des NATO-Gipfels auf Fragen der Abrüstung und der Rüstungskontrolle. Im Rahmen des Gipfels bekannten sich die Mitgliedstaaten erneut zu ihrem Ziel, eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen. Auch hier zeigte sich im Laufe des letzten Jahres wiederum, dass die Erwartung von kleinen Schritten sich als richtig erweisen sollte. Außenminister Guido Westerwelle hat es hier im Plenum vor einigen Wochen überaus treffend beschrieben: „Wir alle wissen aus den Erfahrungen der Geschichte, dass Abrüstungspolitik einen langen Atem braucht.“

Zu diesem langen Atem gehört aber auch, dass wir kleine Fortschritte und Erfolge wertschätzen und eben nicht aus den Augen verlieren, dass beispielsweise der Weg hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt ein sehr langer und mühsamer ist. Als Präsident Barack Obama in seiner Rede in der vergangenen Woche vor dem Brandenburger Tor angekündigt hat, das Atomwaffenarsenal der USA um ein Drittel reduzieren zu wollen, habe ich dies als weiteren wichtigen Schritt auf diesem Weg empfunden. Wie schwierig jedoch die Umsetzung der Ankündigung sein wird, zeigte sich an der umgehenden Reaktion aus Moskau. Wir müssen uns nun fragen: Welche Rolle kann Deutschland hier in den nächsten Jahren spielen? Welchen Beitrag können wir leisten? Die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit immer wieder als Mittler zwischen den USA und Russland eingesetzt und mit vertrauensbildenden Maßnahmen versucht, die Zusammenarbeit der beiden Nationen zu fördern. Diese Bemühungen müssen wir auch in Zukunft fortsetzen.

Die christlich-liberale Koalition steht, wie auch die Bundesregierung, zu ihrem Versprechen, eine aktive Abrüstungspolitik zu betreiben. Die Bundesregierung hat sich vehement für die Einrichtung des Abrüstungs- und Rüstungskontrollausschusses der NATO eingesetzt. Und auch hier sind Fortschritte zu erkennen. Der Ausschuss hat sich am 12. Februar dieses Jahres konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Im Mittelpunkt stehen dabei Transparenz- und Vertrauensbildende Maßnahmen mit Russland bei nichtstrategischen Nuklearwaffen.

Zu Beginn meiner Rede bin ich bereits kurz auf die Raketenabwehr eingegangen. Während des Gipfels in Chicago haben die NATO-Partner offiziell deren Anfangsbefähigung in Europa erklärt. In der hier zu debattierenden Großen Anfrage beschäftigt sich ein Abschnitt mit den möglichen Bedrohungen, vor denen wir uns mit diesem Raketenabwehrsystem schützen wollen, bzw. mit der Wahrscheinlichkeit, dass diese Bedrohungen auch in Zukunft Realität werden. Man könnte bei den Fragen den Eindruck erhalten, dass die Opposition an der Legitimität der Raketenabwehr zweifelt. Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort klargestellt, dass sich die gemeinsame Raketenabwehr gegen mögliche Bedrohungspotenziale richtet und nicht gegen spezifische Länder. Wir benötigen ein NATO-Raketenabwehrsystem, welches uns flächendeckend und nicht nur punktuell vor dem Angriff ballistischer Raketen schützen kann. Hierzu sind die derzeit vorhandenen Raketenabwehrsysteme aber nicht in der Lage.

Die Kooperation mit Russland im Rahmen der Raketenabwehr ist ein sehr schwieriges und überaus sensibles Thema. Unser Wunsch ist es, die Raketenabwehr gemeinsam mit Russland voranzubringen. Die Bundesregierung versucht auch hier, mit vertrauensbildenden Maßnahmen eine Basis für Dialog und Kooperation zu schaffen. Dazu gehörte die Ausrichtung einer gemeinsamen computergestützten Raketenabwehrübung im letzten Jahr. Von dem Nutzen dieser Übung konnte ich mich damals persönlich vor Ort überzeugen.

Meine Rede begonnen habe ich mit den Erwartungen, die an den NATO-Gipfel gestellt wurden. Meines Erachtens wurde am letzten NATO-Gipfel vor allem eines deutlich: Die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts können wir nur gemeinsam bewältigen. Gemeinsames Handeln – insbesondere vor dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Interessen – kann jedoch nach meiner Überzeugung nur in kleinen Schritten funktionieren. Diesen kleinen Schritten stehen aber häufig

Maximalforderungen entgegen, die eine Zusammenarbeit von Beginn an verkomplizieren. Ich sage nicht, dass wir uns auf kleinen Erfolgen ausruhen sollten, aber wenn wir uns auf sie berufen, dann trägt dies zu einem Arbeitsklima bei, das Kooperation fördert und nicht behindert.